

Pflegefinanzierung

Pressestelle

In den Ministergärten 4

10117 Berlin

Telefon 0 30/7 26 29-04 00

Telefax 0 30/7 26 29-04 99

presse@vdk.de · www.vdk.de

21. Dezember 2010

Rücklagen der privaten Pflegeversicherung nutzen Sozialverband VdK fordert solidarische Finanzierung der Pflege

Die Präsidentin des Sozialverbands VdK Deutschland, Ulrike Mascher, forderte die Bundesregierung auf, die Rücklagen der privaten Pflegeversicherung in Höhe von 19 Milliarden Euro in einen Solidarausgleich zur Finanzierung zusätzlicher Pflegeleistungen für alle gesetzlich und privat Pflegeversicherten einfließen zu lassen. Die private Pflegeversicherung habe seit ihrer Einführung 1994 jährlich zwischen 1 und 1,5 Milliarden Euro Rücklagen bilden können, weil die privat Pflegeversicherten mit ihren höheren Einkommen ein geringeres Pflegefallrisiko aufwiesen als die Normal- und Geringverdiener in der gesetzlichen Pflegeversicherung, erläuterte Mascher. Für die privat Pflegeversicherten, so die VdK-Präsidentin, würde sich durch die Nutzung der Rücklagen nichts ändern, da die Versicherten in der gesetzlichen wie in der privaten Pflegeversicherung völlig identische Leistungen bekommen, die gesetzlich festgelegt sind.

Durch eine Heranziehung der Rücklagen der privaten Pflegeversicherung könnte man die steigenden Pflegekosten auf lange Sicht finanzieren. Der möglichen Alternative, die Einführung einer kapitalgedeckten privaten Pflegezusatzversicherung, so wie sie Gesundheitsminister Rösler vorschlägt, erteilte die VdK-Präsidentin eine klare Absage. „Pflege wird so zu einem unkalkulierbaren Altersrisiko für diejenigen, die wenig verdienen und sich keine Zusatzversicherung leisten können. Nach den bereits beschlossenen Zusatzbeiträgen in der gesetzlichen Krankenversicherung drohen den Versicherten nun auch Zusatzbeiträge bei der gesetzlichen Pflegeversicherung. Das wäre dann innerhalb kürzester Zeit zum zweiten Mal die Einführung einer Kopfpauschale durch die Hintertür, diesmal bei der Pflege“, erklärte Mascher.

Die VdK-Präsidentin warnte vor einer weiteren „Entsolidarisierung der sozialen Sicherungssysteme“ und forderte: „Gesundheit und Pflege müssen für alle bezahlbar bleiben.“

Zeichen: 1.902

verantwortlich: Michael Pausder
Telefon: 0 89 / 21 17 – 2 17